



Bildung – Investition in die Zukunft

Bildungspolitisches
Zukunftsforum der CDU am
22. Januar 2000 in Kiel

- **Wolfgang Schäuble: Bildung für das 21. Jahrhundert. (Seite 2-13)**
- **Volker Rühle: Bildungswende für Schleswig-Holstein. (Seite 14-24)**
- **Die Wissensgesellschaft erfordert eine neue Bildungspolitik. Kieler Thesen zur Bildungspolitik. (Seite 25-27)**

Wolfgang Schäuble:

Bildung für das 21. Jahrhundert

Vor ein paar Wochen erst haben wir den Beginn eines neuen Jahrhunderts gefeiert. Das alte war ein Jahrhundert der Gegensätze: Krieg und Gewalt, die Verführung durch totalitäre Ideologien, die Teilung Deutschlands und Europas im kalten Krieg einerseits – und andererseits die lange Jahrzehnte des Friedens, die Entwicklung von Freiheit und Demokratie bis hin zur Wiedervereinigung Deutschlands, Massenwohlstand, technologischer Fortschritt, eine hohe sozialstaatliche Sicherung, und nicht zuletzt: große Fortschritte in der Durchsetzung von Bildung als Bürgerrecht.

Deswegen sind die Voraussetzungen dafür, es im neuen Jahrhundert besser zu machen als im vergangenen, günstiger als jemals zuvor. Viele Bürger unseres Landes blicken mit großen Erwartungen dem entgegen, was auf sie zukommen wird. Was sind die Entwicklungstrends für unsere Zukunft? Wie können wir ihnen produktiv begegnen?

Die technologische Kommunikationsrevolution, der weltweite Austausch zwischen Menschen und Kulturen, die neuen Produktionsweisen in unserer Arbeitswelt, die Entfaltung

einer bürgerschaftlichen Demokratie der Teilhabe und Teilnahme – all diese Herausforderungen führen zu einer zentralen Antwort: Es muss uns um nachhaltige Bildung gehen.

Wir wollen die Strukturen einer lernenden Gesellschaft entwickeln, die die Bedeutung des Wissens im 21. Jahrhundert erfasst. Bildung muss die Grundlage schaffen für Freiheit und Gerechtigkeit, für Teilhabe, für Wohlstand und einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen. Das heißt für uns nachhaltige Bildung. Sie ist der unabdingbare Schlüssel zur Meisterung unserer Zukunftsaufgaben.

Wer auf das vergangene Jahrhundert zurückblickt, der sieht, welche große Bedeutung Bildung gewonnen hat für die Entfaltung des Menschen und für die Verteilung von Lebenschancen. Wir können auf das Bildungssystem in unserem Land, das die CDU maßgeblich mitgestaltet hat, bei allen Mängeln im Einzelnen stolz sein. Es war die Grundlage für die Entwicklung der modernen Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland, für die Ausbildung eines demokratischen Bewusstseins, für die

Chancengerechtigkeit gegenüber der Herkunft aus unterschiedlichen Schichten und die von Frau und Mann. Viele Staaten auf der Welt beneiden uns um unser System der schulischen und beruflichen Ausbildung. Es kann deswegen zu Beginn unseres neuen Jahrhunderts nicht darum gehen, unser Bildungssystem neu zu erfinden. Vielmehr wollen wir es zukunftstauglich machen. Dazu müssen wir auf dem Bewährten aufbauen und dieses weiterentwickeln.

Wir brauchen ein Bildungssystem, das Individualisierung und Globalisierung, die weiter zunehmende Verwissenschaftlichung und Technisierung, die neuen Anforderungen an die Persönlichkeitsentwicklung leistungsfähig und kreativ aufnimmt. Dazu gehören mehr Flexibilität in den Strukturen, die Förderung von Selbständigkeit und lebenslange Weiterbildung. Nur lernende Menschen, nur eine lernende Gesellschaft ist zukunftsfähig. Wir müssen uns selbst immer wieder prüfen, damit wir nicht mittels vorgefertigter Schablonen oder bildungspolitischer Ideologien die Welt sehen. Wir wollen keine Modelle am grünen Tisch entwerfen, die in der Praxis ihre Tauglichkeitsprüfung nicht bestehen.

Nur wer wie wir auf nachhaltige Bildung setzt, kann die richtigen Reformschritte setzen. Das unterscheidet uns auch von der Regierung Schröder und der Regierung Simonis.

Schon als Ministerpräsident war Schröder für Bildungsabbau an Schulen und Hochschulen in Niedersachsen verantwortlich. Damals hat er, und daran erinnern wir uns gut, Lehrer als „faule Säcke“ diffamiert. Natürlich gab es schnellen, populistischen Applaus. Aber ein Ministerpräsident trägt doch auch Verantwortung, genauso ein Bundeskanzler. Statt Diffamierungen brauchen wir Anerkennung der Leistungen von Pädagogen.

Bildungs- und Erziehungsarbeit kann nur dann gelingen, wenn diejenigen, die die eigentliche Last und Verantwortung tragen, auch gesellschaftlich ermutigt werden. Wir in der CDU bekennen uns jedenfalls ausdrücklich dazu. Mut zur Erziehung und nachhaltiger Bildung heißt insbesondere Ermutigung derjenigen, die in Bildung, Ausbildung und Erziehung tätig sind. Ihnen sollten wir an dieser Stelle einmal ausdrücklichen Dank aussprechen.

Zur Wahrnehmung von Verantwortung passt es jedenfalls auch nicht, im Bundestagswahlkampf eine Garantiekarte mit dem Versprechen auszugeben, „die Investitionen in Bildung und Forschung binnen 5 Jahren zu verdoppeln“, und dann auf Kürzungen zu setzen. Wer wie Schröder Bildung und Ausbildung bei seinem Regierungsantritt zur Chefsache zu erklärt, der muss an sein Verspre-

chen erinnert werden, gerade dann, wenn – wie so oft bei dieser Regierung – Anspruch und reale Taten weit auseinander klaffen.

Man sieht das auch an den Dezimierungen im Bildungsetat von Frau Bulmahn: Bei Kürzungen um 340 Mio. DM für das Jahr 2000 und einer in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Steigerung von lediglich 900 Mio. DM bis zum Jahr 2003 kann von einer Verdopplung der Bildungsinvestitionen wirklich keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, nach dem selbstgesetzten Maßstab müssten pro Jahr 3 Milliarden DM mobilisiert werden. Dieses Muster kennen wir ja leider bereits von Schröder: in der Bildungspolitik fällt er genauso um wie bei der Rente, wie bei der Ökosteuer, wie bei der Bundeswehr.

Und damit nicht genug. Nun ist auch noch die angekündigte große BAföG-Reform von Frau Bulmahn abgefangen worden. Aus für den großen Wurf. Schröder hat seine Ministerin heruntergeputzt wie ein kleines Schulmädchen. Das ist ein schwerer Schlag für sie, aber noch viel schwerer für die Studierenden und ihre Familien. Im April und im Oktober werden wieder viele Studierwillige des neuen Jahrganges unter erschwerten Bedingungen an den Start gehen müssen – oder auf ein Studium ganz verzichten müssen.

Deswegen brauchen wir die CDU als Alternative. Die CDU/CSU-

Fraktion hat ein zukunftsfähiges BAföG-Modell entwickelt und in den Bundestag eingebracht. Die Wähler in Schleswig-Holstein können dafür sorgen, dass die Bundesregierung begreift, dass es dringende Zeit ist, auf die Union zuzugehen.

An dem rot-grünen Hin und Her merkt man: Die SPD hat kein ehrliches Bildungskonzept für das 21. Jahrhundert. Die Innovationsrhetorik kann nicht verdecken, dass hier Bildung auf den rein ökonomischen Qualifizierungs- und Effizienzaspekt reduziert wird. Das ist kein tragfähiges Konzept für die Zukunft.

Wir in der CDU verfügen über ein eigenes bildungspolitisches Grundsatzprogramm, in dem wir uns zu Leistung, Verantwortung und Gemeinsinn als wichtigen Zielen unseres Bildungssystem bekennen. Wir werden es weiterentwickeln und in diesem Jahr neue Leitsätze vorlegen. Dies ist ein Schwerpunkt unserer programmatischen Erneuerung.

Der deutsche Aphoristiker Otto Michel hat einmal darauf hingewiesen, dass „Bildung heißt, sich und andere formen, gestalten“. Das scheint mir treffend zu sein. Denn wir Christdemokraten verstehen den Menschen als personales Wesen, der Verantwortung für seine eigene Entwicklung und die seiner Mitmenschen, für Umwelt und Mitwelt, trägt.

Dazu bedarf der Mensch einer lebenslangen Bildung.

Es ist richtig, dass wir heute über so viele Informationen wie noch nie verfügen. Und es ist auch richtig, dass Wirtschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert neben den alten Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital vor allem auf der neu gestalteten Ressource Wissen basiert. Deshalb reden ja viele zu Recht von der entstehenden „Informations- und Wissensgesellschaft“. Auf diese müssen wir unsere Ausbildung in Schule und Betrieb besser als bisher ausrichten.

Aber es geht nicht nur um Wissen und dessen Vermittlung, es geht um viel, viel mehr. Es geht um Orientierung in unserer sich rapide wandelnden Welt, um Lebenssinn und gelingende Lebensführung in einer pluralistischen Gesellschaft, um Maßstäbe für unser Urteilen, um die Werte, auf die sich unser Wissen und unser Handeln beziehen. Dazu gehören auch, das darf nicht außer Acht gelassen werden, Haltungen – Anstand, Höflichkeit, Bereitschaft zum Engagement, Zivilcourage.

Bildung ist also für uns in der CDU mehr als Information und Wissen. Sie hat fundamental mit der Persönlichkeitsbildung zu tun. Deswegen sind auch Bildung und Erziehung nicht von einander zu trennen, sie sind für mich zwei Seiten derselben Medaille.

Wer nachhaltige Bildung als Zukunftskonzept des 21. Jahrhunderts will, der setzt damit zugleich auf eine Erziehung, die junge Menschen zu selbstverantwortlichen und zugleich zur Verantwortung für ihre Mitmenschen bereiten Mitgliedern einer Gesellschaft hinführt. Der fördert den Sinn für Geschichte und Herkunftsbewusstsein, der klärt über die gegenwärtige Gesellschaft auf, der vermittelt die Bindung an die eigene Kultur und die Offenheit für andere Menschen, Kulturen und Religionen. Nachhaltigkeit in der Bildung heißt, in den unterschiedlichen Anforderungen und Wandlungen des eigenen Lebens und auf der Grundlage verbindlicher Werte seinem Handeln Sinn geben zu können.

Dabei hat für uns das Erziehungsrecht der Eltern Vorrang. Deswegen wollen wir die Familie stärken. Sie ist der primäre Ort, wo Vorbilder vorgelebt werden und Orientierung ermöglicht wird, wo Geborgenheit und Zuwendung offen macht für die Weitergabe von Werten, Überzeugungen und Lebenserfahrungen. Was wir wollen, ist wieder mehr Mut zur Erziehung.

Wir wollen aber auch eine Schule, die nicht nur Ort der Wissensweitergabe ist, sondern ebenso Ort der Erziehung und der Vermittlung von Maßstäben und Orientierung. Die Schule muss wieder ein Hüter der Bildung werden.

Weil wir eine wirklich nachhaltige Bildung wollen, geht es uns auch um Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Dass unsere Gesellschaft aus immer mehr älteren Mitbürgern bestehen wird, ist inzwischen eine Binsenweisheit geworden. Doch die Einsicht, dass ältere Arbeitnehmer und Senioren nicht zum alten Eisen gehören, muss noch weiter wachsen. Das dritte Lebensalter ist eine eigene, höchst aktive Lebensphase, zu der Bildung genauso gehört wie zu anderen. Das gilt nicht nur für die Seniorenuniversitäten, die immer mehr Städte einrichten, sondern auch für viele andere Lebensbereiche. Die Jüngeren haben die Pflicht, hier die Älteren materiell und ideell zu unterstützen.

Aber das gilt natürlich auch umgekehrt. Wer jetzt Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gestaltet, der muss Sorge tragen für die nachwachsende Generation. Dazu gehört auch, den Jüngeren Auskunft zu geben über das, was bei allem Wandel grundlegend wichtig und wertvoll ist. Es gibt ja Wissensbestände und kulturelle Güter, die nicht veralten. Bestimmte Kompetenzen werden ein ganzes Leben lang wichtig sein. Und die Weitergabe von persönlichen Erfahrungen ist durch nichts zu ersetzen. Wenn wir in der CDU auf nachhaltige Bildung setzen, dann wollen wir nicht den Konflikt, sondern den Ausgleich der Generationen.

Wir wollen Chancengerechtigkeit in einer offenen Gesellschaft. Unabhängig von Herkunft und sozialer Stellung des Elternhauses geht es um begabungs- und leistungsgerechte Bildung und Ausbildung. Das setzt eine größere Flexibilität in den Strukturen unseres Bildungs- und Hochschulsystems voraus. Wir wollen fordern, aber auch fördern. Wir brauchen eine Leistungselite in den verschiedenen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Angesichts des enormen Tempos unseres wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts haben wir aber auch mehr zu fragen: Wer kommt nicht so schnell mit, wer bedarf einer besonderen Förderung? Wir brauchen mehr differenzierte Hilfen, denn für uns in der CDU gilt der Grundsatz, dass jeder dazu gehört und niemand ausgegrenzt werden darf. Weder Elternhaus noch die Schule oder die Lehre können das allein leisten. Es geht nur im Verbund, und auch die großen Verbände und die Politik müssen dazu beitragen.

Es geht darum, den ganzen Menschen zu stärken: die eigenen Fähigkeiten entfalten, Vertrauen in seine Kräfte entwickeln, zu Eigeninitiative fähig sein und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. In einer sich beständig wandelnden Zukunft ist es verkehrt, mit Bequemlichkeit darauf zu warten, dass andere für

einen handeln. Es kommt darauf an, das zu tun, was man selbst tun kann. Es ist ja wahr: Leistung für sich und andere zu erbringen, ist anstrengend und erfordert ständiges Bemühen. Ebenso wahr ist aber auch: Leistung macht Spaß, vermittelt Befriedigung und Sinn.

Der technologische und gesellschaftliche Wandel wirft eine weitere Frage auf. Was muss der Sozialstaat neu leisten, wie wollen wir ihn umbauen? Noch mehr Steuern, Abgaben, Bürokratie – das ist bis heute der Irrtum der Sozialdemokraten. Aber natürlich bleibt auch für die Christdemokraten die Frage: Wie kann es sein, dass bei steigendem Wohlstand, bei zunehmenden sozialen Leistungen dennoch soziale Probleme wachsen, deren Ursachen ganz offensichtlich nicht der Mangel an Geld sind?

Wir haben anhaltende Probleme am Arbeitsmarkt, die auch die Regierung Schröder trotz des angestrebten Bündnisses für Arbeit und Ausbildung und 2-Mrd.-Programm nicht in den Griff bekommt. Über ein Drittel der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose, Tendenz steigend. Mehr als die Hälfte dieser Langzeitarbeitslosen verfügen über keine qualifizierte Berufsausbildung. Zwischen 10 und 15 Prozent eines Schuljahrganges erfüllt nicht die Voraussetzungen, um in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis übernommen zu werden. So werden Sozialamtskarrieren

vorprogrammiert. Also zählen Bildungs- und Ausbildungsdefizite, und nicht mangelnde Sozialleistungen zu den entscheidenden Ursachen unserer sozialen Probleme.

Ist unser Bildungssystem, sind die Schulen, die Berufsschulen, die Hochschulen für diese Herausforderungen, für ein neues Bildungsverständnis gerüstet? Die bisherigen Diskussionen werden, so denke ich, dem Problem oftmals noch nicht gerecht.

In den hinter uns liegenden Jahrzehnten haben wir vor allem diskutiert über die Frage der Quantität. Es galt die Formel: „Dauer der Schullaufbahn“ x Zahl der Schüler = Bildungsniveau“. Diese Debatten der Vergangenheit müssen wir beenden. Die Frage nach Masse und Menge ist veraltet.

In Wahrheit liegt das Problem schon längst ganz woanders: Wenn wir ehrlich sind, müssen wir konstatieren: Schulen und Hochschulen sind nicht mehr gut genug für die junge Generation. Die Frage der Zukunft gilt der Qualität. Auch das heißt Nachhaltigkeit. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik.

Was meine ich mit Paradigmenwechsel? Vor 35 Jahren hat Georg Picht in seinem viel zitierten Buch „Die politische Bildungskatastrophe“ den „Bildungsnotstand“ ausgerufen. Seine Kernthese war: Der Anteil der jungen Generation in Deutschland, der

Schulabschreibungen mit der formal h6chst erreichbaren Qualifikation absolviere, liege international weit zur6ck. Wenn Deutschland seine Wettbewerbsf6higkeit auch in Zukunft erhalten wolle, so k6nne das nur 6ber eine Verdopplung des Abiturientenanteils und damit der Hochschulzugangsberechtigungen erfolgen.

Die Folgen sind hinl6nglich bekannt. Unser Bildungssystem wurde in den 70er und 80er Jahren wie nie zuvor ausgebaut. Bis in die 50er Jahre hinein verf6gte die gro6e Masse der Bev6lkerung h6chstens 6ber eine Volksschulabschreibung. Nur f6nf Prozent erreichten das Abitur oder nahmen ein Hochschulstudium auf. Heute ist das v6llig anders. 1996 haben 6ber 30% der Schulabg6nger die Hochschulreife erworben, eine Versechsfachung. Nur der kleinste Teil hat die Hauptschule abgeschlossen.

Nicht viel anders die Entwicklung an unseren Hochschulen: Anfang der 70er Jahre gab es in Westdeutschland ca. eine halbe Million Studenten. 1999 waren es in Ost- und Westdeutschland zusammen 1,8 Millionen Studenten geworden. Das bedeutet praktisch weit mehr als eine Verdoppelung.

Allerdings zeigen uns Hinweise der Hochschullehrer und Klagen der Arbeitgeber schon seit einiger Zeit, dass etwas an unseren Schulen und Hochschulen nicht mehr stimmt. Die inzwischen weit bekannte TIMSS-

Studie hat durch objektive Daten die eklatanten Qualit6tsm6ngel im Schulunterricht nachgewiesen. Masse ist eben nicht automatisch gleich Klasse. Gerade die sozialdemokratischen Bildungsminister m6ssen ziemlich kleinlaut geworden sein, als sie die Ergebnisse f6r ihre Bundesl6nder lasen.

Die Qualit6tsschw6chen treffen gerade die weniger Begabten. Die Tatsachen sprechen f6r sich: J6hrlich verlassen 100.000 junge Menschen eines jeden Altersjahrganges die Hauptschule ohne Abschluss. Viele von ihnen besitzen nicht einmal ausreichende Grundkenntnisse in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen.

Wenn wir also nicht aufpassen, dann bekommen wir einen neuen „Bildungsnotstand“, aber in ganz anderem Sinne, als ihn damals Georg Picht gemeint hat.

Wir geben in Deutschland zur Zeit staatlich und privat insgesamt ca. 80 Mrd. DM j6hrlich f6r Bildung, Forschung und Entwicklung aus. Das klingt viel, ist aber mit 2,3% des Bruttoinlandsproduktes gemessen an unserer Leistungskraft eher wenig. Solange im Land der Dichter und Denker mehr Geld f6r Erholungsurlaub oder f6r Drogenkonsum ausgegeben wird als insgesamt f6r Bildung und Forschung, soll mir keiner erz6hlen, unsere Wohlstandsentwick-

lung werde von diesen mageren 2,3% stranguliert.

Im Gegenteil! Weil wir zu viel konsumieren und zu wenig in Innovation investieren, muss es uns bange um unseren Wohlstand und den der kommenden Generation sein. Wir müssen die Gewichte verschieben. Ich schlage vor, dass alle staatlichen Ebenen und alle privaten Bildungs- und Forschungsträger sich darauf einigen, ihre Beiträge in den nächsten Jahren auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes oder umgerechnet 100 Mrd. DM zu steigern.

Mit mehr Geld allein wird aber es nicht getan sein. Wir müssen grundsätzlich die Bildungsstrukturen überdenken. Wir brauchen mehr Anreiz, effizient zu sein, wir brauchen aber vor allem mehr Anreiz, kreativ zu sein. Die Lehrenden sollen von Verwaltern des Wissens zu Initiatoren der Bildung werden, und die Lernenden von passiven Empfängern zu aktiven Gestaltern ihrer erlernten Kenntnisse.

Nachhaltige Bildung, das führt zu der Frage: welche Inhalte sollen wir unseren jungen Menschen für das 21. Jahrhundert nun konkret mitgeben?

Ich meine, wir brauchen bis zu den Abschlussklassen der verschiedenen Schulformen einen verpflichtenden Unterricht der deutschen Sprache. Das Beherrschen der Muttersprache in Wort

und Schrift ist conditio sine qua non. Das klingt trivial, ist es leider aber nicht, wie die Klagen von Hochschullehrern hinlänglich beweisen – Klagen über immerhin erwachsene Männer und Frauen, deren Abschluss Hochschulreife garantieren soll.

Wir brauchen verbesserte Fremdsprachenkenntnisse. Denn Europa wächst zusammen. Kenntnisse in mindestens zwei modernen Fremdsprachen sind unser Ziel. Wir sollten die erstaunliche Gabe des Hirns nutzen, ohne sonderliche Mühe zwei und mehr Sprachen zu erlernen – einzige Voraussetzung: der frühzeitige Beginn. Lernen wir doch von Frankreich, Dänemark oder den Benelux-Staaten, die bereits in der Vorschulerziehung und in den ersten Schuljahren altersgemäß damit beginnen.

Wir brauchen verpflichtenden Unterricht in Geschichte, denn nur wer weiß, wo er herkommt, vermag die Richtung zu bestimmen, in die er gehen möchte. Nur wer seine Wurzeln kennt, hat seinen Standpunkt. Dieser Standpunkt ist für das Leben unserer demokratischen Gesellschaftsordnung unverzichtbar. Zur Orientierung gehören für mich übrigens auch notwendigerweise Kenntnisse darüber, wie unser Wirtschafts- und Sozialsystem funktioniert.

Wir brauchen eine bessere Ausbildung mathematischer und naturwis-

senschaftlicher Grundkenntnisse von der Grundschule bis zum Abitur. Dazu gehört für mich selbstverständlich der Einsatz von programmierten Rechnern im Unterricht. Ein Schüler kann künftig noch nicht einmal Einzelhandelsverkäufer oder Kfz-Mechaniker werden, wenn er nicht Rechner- und Medienkompetenz mitbringt. Und es kann uns keine Ruhe lassen, wenn große Software- und Computerhäuser in Deutschland ihre Programmierer und Entwickler aus Indien oder den USA rekrutieren.

Viel mehr Aufmerksamkeit muss den sogenannten Schlüsselqualifikationen gewidmet werden, die ein humanes Miteinander am Arbeitsplatz erst ermöglichen. Unsere Arbeitswelt ist durch weltweite Kooperation, von vernetztem Denken und Arbeiten geprägt. Aber wo und wann lernt der Schüler der heutigen Schule, kooperativ im Team zu arbeiten? Das muss sich ändern.

Wer wie wir als CDU auf nachhaltige Bildung setzt, der darf auch den musisch-künstlerische Bereich und der Sport nicht vernachlässigen. Denn niemand von uns kann ernsthaft daran gelegen sein, Wissensgiganten mit dem Gemüt emotionaler Zwerge ins Leben zu entlassen. Und damit keine Zweifel aufkommen: Die CDU steht unverrückbar für den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an allen Schulen.

So wie uns aber mehr Geld erst hilft, wenn es auch in effiziente Strukturen gesteckt wird, so hilft uns ein gut überlegter Bildungskanon erst, wenn er durch fähige und motivierte Lehrende vermittelt wird. Und zu einer erfolgreichen Vermittlung zählt an vorderster Stelle – da kommen wir erst langsam wieder dahinter –, wie wichtig das Vorbild ist, das wir durch unsere Person und unser Verhalten abgeben. Die modernen technischen Lehrmittel können unterhalten, kurzfristige Events und Informationen vermitteln. Aber nur Menschen können beispielhaft vorleben, für Werte werben und mit Lebensentwürfen mitreißen. Die Erziehungs- und Vorbildfunktion von Lehrern kann durch keinen Computer und kein Internet ersetzt werden.

An keiner anderen Stelle in unserem Bildungswesen ist das Problem der großen Zahl so deutlich geworden wie an unseren Hochschulen. Es besteht kein Zweifel an dem dringenden Reformbedarf, den die dicken Kolosse mit bis zu 50.000 Studenten und 25.000 Beschäftigten aufgewälzt haben. Und die ersten Weichen sind auch schon gestellt worden, noch in der Zeit der CDU-geführten Bundesregierung, nämlich mit den neuen Freiräumen des 1998 novellierten Hochschulrahmengesetzes. Diese Chance darf nicht brach liegen. Länder und Bund sind aufgerufen, den Anfangsschwung mitzunehmen und nachzulegen.

Was mir vorschwebt, ist eine Hochschule neuen Typus. Eine Hochschule, in der wir uns fragen werden, wie wir es eigentlich all die Jahrzehnte ausgehalten haben mit der alten Langsamkeit, der Unpersönlichkeit, der Ineffizienz, dem Allein-gelassen-sein während des Studiums und dem Allein-entlassen-werden in die Berufswelt hinterher. Ich will das, was bereits jetzt an den Hochschulen geleistet wird, auf keinen Fall klein reden. In der Forschung wird in weiten Bereichen Spitzenqualität erbracht. Aber all zu oft habe ich das Gefühl: Gerade in der Lehre sind die Leistungsträger und Vorbilder zu Einzelkämpfern geworden, weil ihnen ein Moloch aus Institution und Regelwerk den gemeinsamen Aufbruch verwehrt.

Eine solche Reformuniversität wäre in der Lage, ein wirklich eigenständiges Profil zu bilden. Die Hochschulen würden nicht mehr hauptsächlich danach unterschieden, in welcher Stadt sie lägen, sondern für welche besonderen Angebote, für welches unverwechselbares Gesicht sie stünden. Sie hätten sehr umfangreiche Freiheiten bei ihrem Fächerangebot, bei der Verteilung ihrer Ressourcen, bei der Auswahl ihres Lehrpersonals, bei der Entlohnung ihrer Mitarbeiter, bei der Auswahl der Studierenden.

Die Hochschule der Zukunft müsste diese Freiheiten aber auch regelmäßig verantworten, durch Nachweis

ihrer Qualität in Forschung und Lehre. Der Nachweis müsste vor drei Seiten gleichermaßen transparent erbracht werden: Vor dem Staat als hauptsächlichem Mittelgeber, aber ebenso vor den Studierenden und drittens vor dem Steuerzahler, dessen Steuerermark zu einem erheblichen Anteil in die Universität als Kulturträger und Hochleistungs-Ausbilder gesteckt werden soll.

Von der Qualität in Forschung und Lehre wie von der Wahl der Studierenden hinsichtlich Hochschule, Fach und Hochschullehrer hinge ein wesentlicher Teil der Mittelvergabe ab. Die Studierenden würden dann wieder wahrgenommen als Inhaber eines Rechtes auf gute Lehre. Sie bekämen endlich einen wirksamen Einfluss darauf, dass die Universität ihrer Lehraufgabe nachkommt.

Der Universität wäre es nicht gleichgültig, ob die Studierenden mit ihrem Abschluss hinterher erfolgreich oder nur mit größten Schwierigkeiten einen Platz im Berufsleben finden. Grobe Schätzungen lauten heute auf eine Abbrecherquote von 1/3 aller Studierenden. Ich halte es immer noch für ein Unding, dass wir keine verlässlichen Daten über Studienabbruch, vergleichbare Examensqualität und Berufserfolge, aufgegliedert je nach Hochschule und Fach haben. So wissen wir überhaupt nicht, ob in wesentlichen Bereichen der Erfolg

erreicht wird, den wir mit einer Hochschulausbildung erreichen wollen.

Eine Qualitäts-Hochschule mit Profil dürfte auf der anderen Seite von den Studierenden dann aber auch wirkliche Eignung für das ausgewählte Fach, beständige Leistung und Anstrengung verlangen können. Was mir vorschwebt, ist ein neues Partnerschaftsverhältnis zwischen dem einzelnen Studierenden und seiner Hochschule mit gegenseitigen Rechten und Pflichten.

Bisher ist es doch so, dass wir ein unüberschaubares Vielecksverhältnis haben. Der erste, der Steuerzahler, gibt dem zweiten, dem Staat, sein Geld und verlangt eine bestimmte Aufgabenerfüllung von dem dritten, der Hochschule, für Vierte, für die Studierenden im besonderen und die Gesellschaft im Allgemeinen. Das ist alles viel zu kompliziert, wie ein Fußballspiel mit drei Mannschaften und vier Bällen auf dem selben Feld.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch ein reformiertes Hochschulfinanzierungssystem entwickeln. Zu einem Teil brauchen wir das, um in Zeiten knapper Kassen und starker Verteilungskämpfe zusätzliche Mittel für Bildung und Forschung zu generieren. Wir müssen aber klar sehen, dass es ebenso darauf ankommt, ein wirksames Steuerungsinstrument zu entwickeln, um Anreize für Qualität und Vielfalt zu setzen.

Warum denken wir nicht über Wege nach, damit sich die Universitäten einen eigenen finanziellen Grundstock zulegen können? Über Hochschulverträge könnten beispielsweise über einige Jahre hinweg Hochschulstiftungen aufgebaut werden. Dieses Stiftungskapital wäre dann eine bleibende Investition. Die Erträge könnten zur Profil- und Schwerpunktbildung, aber auch zum Aufbau eines echten Stipendienwesens dienen. Sie wären zudem Kristallisationskerne für weitere Zustiftungen von privater Seite.

Eine Reformuniversität, wie ich sie mir vorstelle, muss eine soziale Universität sein. Eines ihrer unverrückbaren Prinzipien besteht darin, dass niemand aus materiellen Gründen vom Studium abgehalten wird oder zur Finanzierung seines Studiums Nebentätigkeiten aufnehmen muss. Die augenblickliche Förderquote des BAföG von 14% ist entschieden zu niedrig, die Quote der Nebentätigkeit zur Studienfinanzierung von über 50% entschieden zu hoch.

Das bisherige Instrumentarium von staatlicher Hilfe ist mir aber noch viel zu eng und phantasielos. Das weite Feld von Förderung und Anreizen, um frühzeitig Ressourcen für die Investition in die eigene Zukunft zurückzulegen, oder später, wenn die Leistungskraft im Beruf größer ist, auszugleichen, liegt noch weitgehend brach. In einer echten sozialen Qualitätshochschule der Zukunft könnte ich mir vor-

stellen, dass Studierende auch bereit wären, Beiträge beizusteuern, wenn sie dadurch unmittelbar spürbar eine intensivere Betreuung und eine bessere Berufsvorbereitung erhalten.

Und ich denke, an die Reform des wissenschaftlichen Dienstrechtes müssen wir beherzter heran. Wir verschenken uns nichts, wenn wir die Notwendigkeit des generellen Beamtenstatus für Hochschullehrer noch einmal kritisch untersuchen. Zumindest die Entlohnung muss eher der Leistungsbezogenheit in der Privatwirtschaft als dem Alimentationscharakter des öffentlichen Dienstrechtes entsprechen. Denn besonders leistungsstarke Kräfte für Forschung und Lehre gehören an unsere Universitäten und Fachhochschulen und nicht nur ins Ausland oder in die Wirtschaft. Die Zeit drängt!

In diesem Sinne stellen wir die rot-grüne Regierung in Berlin und in Kiel vor die Alternative unserer besseren Konzepte. Wir wollen nicht den Fehler der anderen machen und stehen bleiben. Was heute gut genug ist, kann morgen schon veraltet sein.

Deswegen wollen wir auf dem heutigen Kongress gemeinsam mit zahlreichen Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen, in den Foren und Gesprächen weiter denken und Wege für nachhaltige Bildung im 21. Jahrhundert diskutieren. Denn nachhaltige Bildung wird die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit, friedliches Miteinander, aber auch für Wohlstand, soziale Sicherung und demokratische Teilhabe auch im 21. Jahrhundert sein. ■

Volker Rühle

Bildungswende für Schleswig-Holstein

Die aktuelle Bildungsdiskussion markiert die Schnittstelle von der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts zur Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Die Schlüsselfrage in dieser Wissensgesellschaft heißt Bildung. Der Erwerb von Wissen, seine Anwendung und Aktualisierung – das sind die zentralen Fragen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Bildungspolitik muss darauf Antworten finden. Antworten auf die Herausforderungen von Globalisierung, Internationalisierung und Technisierung.

Wir in der CDU wissen, dass Bildungspolitik niemals statisch sein darf, dass sie immer neue wirtschaftliche, soziale und politische Herausforderungen aktiv annehmen muss. Deshalb ist dieses Zukunftsforum so wichtig. Es bietet die Chance, gemeinsam mit führenden Bildungsexperten über unsere Vorschläge für die notwendige Modernisierung und Internationalisierung unseres Bildungswesens zu diskutieren.

Über viele Jahrzehnte war der hohe Bildungs- und Ausbildungsstandard deutscher Arbeitnehmer der Garant

für Wohlstand und Vollbeschäftigung. Der wachsende internationale Wettbewerb um Marktanteile und Arbeitsplätze stellt aber neue Herausforderungen, die wir aktiv annehmen müssen. Dabei wird immer deutlicher: Neben den klassischen Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital, werden Bildung und Wissen zunehmend zu einem Standortfaktor ersten Ranges.

Wir brauchen mehr denn je Arbeitnehmer, die den steigenden technischen und organisatorischen Anforderungen der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts genügen können. Und wir brauchen mehr denn je Fach- und Führungskräfte, die Flexibilität, Mobilität und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen mitbringen. Deshalb kommt es auf ein modernes, effizientes und bedarfsgerechtes Bildungssystem an, das gleichermaßen Basis- wie Spitzenqualifikationen ermöglicht.

Dafür muss die Politik die Grundlagen schaffen. Wir brauchen eine optimale sächliche und personelle Ausstattung der Schulen und Hochschulen und eine stärker

re Orientierung der Lehrinhalte am schnellen Wandel und neuen Berufsprofilen.

Wer für die Zukunft handeln will, muss zunächst seinen Standort bestimmen. Wo stehen wir mit unserem Bildungswesen im internationalen Vergleich und auch innerhalb Deutschlands. „Was ist gut?“, aber vor allem „Was muss besser werden?“ – das sind die entscheidenden Fragen, denen wir uns stellen müssen.

Bildungspolitik ist Ländersache, und diese Zuordnung ist ein wichtiger Eckpfeiler unseres föderalen Systems. Aber Bildungspolitik in den Ländern zu gestalten, heisst auch, den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus zu richten. Denn eine gute Bildungspolitik muss dafür sorgen, dass junge Menschen überall Chancen auf eine gute berufliche Zukunft haben. In Deutschland, in Europa, in der Welt.

Deshalb brauchen wir die Orientierung an internationalen Maßstäben. Und wir brauchen Leistungsvergleiche zwischen den Bundesländern und einzelnen Schulformen. Dazu gehört auch ein länderübergreifendes Controlling-System, das die Qualität der Bildung sichert und – wo notwendig – verbessert.

Erste Erkenntnisse gibt es bereits aus unabhängigen wissenschaftlichen Studien. Kern der Botschaft: Wir sind höchstens noch Mittelmaß! Die deutschen Schulen sind im internationalen Vergleich bei weitem nicht

so gut, wie viele bisher gedacht haben, und selbst im nationalen Vergleich gibt es bereits ein Süd-Nord-Gefälle, das sich noch zu verschärfen droht.

Schleswig-Holstein muss endlich wieder ein Vorreiter bei bildungspolitischen Problemlösungen werden. Warum immer auf die Kultusministerkonferenz warten? Warum nicht selbst Vordenker sein und sich vom KMK-Kartell lösen. Darin liegt doch die Attraktivität der Kulturhoheit unserer Länder. Schleswig-Holstein wird sich deutliche Standort- und damit Wettbewerbsvorteile nur erarbeiten können, wenn wir mutig und visionär nach vorne marschieren. Zur Zeit läuft Schleswig-Holstein hinterher.

In vielen Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schülerinnen und Schülern und mit Eltern habe ich gespürt, dass es große Verunsicherung in den Schulen gibt. Verunsicherung und Vertrauensverlust, weil der Bildungspolitik im Land Verlässlichkeit und Zukunftsperspektiven fehlen. Das Hin und Her bei der Entbeamtungspolitik, die mangelhafte Unterrichtsversorgung, Defizite in der Lehrerbildung – das sind die Ursachen für den Vertrauensverlust in die bisherige Bildungspolitik.

Wir werden der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein neue, zukunftsorientierte Impulse geben. Und das wird keine Aufgabe nur für die Experten, denn Bildungspoli-

tik ist viel zu wichtig, als dass man sie den Bildungspolitikern allein überlassen dürfte. Nein, Bildungspolitik wird für mich auch Chefsache sein, eine Aufgabe, der sich eine von mir geführte Landesregierung gemeinsam verpflichtet fühlen wird.

Wir haben in den vergangenen Jahren eine beispiellose Serie des Protests erlebt. Immer wieder sind Tausende von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Lehrerinnen und Lehren und Eltern vor das Landeshaus gezogen, um dieser Regierung zu sagen: Macht endlich Schluß mit Eurer Politik des Bildungsabbaus.

Geholfen hat das nicht. Im Gegenteil. Die Sorge um die Zukunftschancen junger Menschen in Schleswig-Holstein ist noch größer geworden.

Die Situation ist dramatisch, vor allem bei der Unterrichtsversorgung. Seit 1991 sind die Schülerzahlen um fast 16 Prozent angestiegen, aber es gibt nur 3 Prozent mehr Lehrerstellen. Mit der Folge, dass im Schuljahr 1997/98 gegenüber dem Länderdurchschnitt nahezu 30.000 Unterrichtsstunden pro Woche fehlten. Für die Grundschüler heißt das ein halbes Jahr, für Hauptschüler ein drei Viertel Jahr und für Förderschüler mehr als ein Jahr weniger Unterricht als vorgesehen. Das ist die schlimme Lage in Schleswig-Holstein, die der Landesrechnungshof ermittelt hat.

Natürlich bestreitet die Landesregierung diese Daten. Aber entkräften kann sie sie nicht. Da kann sich der Staatssekretär Stegner noch so oft gegen den „Generalverriss“ der Bildungspolitik dieser Landesregierung wehren. Täglich erreichen uns Briefe organisierter oder nichtorganisierter Eltern, die den Bildungsnotstand beklagen und sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder machen. Überall das gleiche Bild: In unserem Land wird nicht genügend Unterricht erteilt. Dafür trägt diese Regierung die Verantwortung, und darum braucht Schleswig-Holstein die bildungspolitische Wende.

Dass sich die rot-grüne Landesregierung über die Offenlegung der Fakten ärgert, kann ich schon verstehen. Denn damit ist der Versuch gescheitert, die schlimme Lage in Schleswig-Holstein dadurch zu verschleiern, dass das Unterrichtsfehl nicht mehr amtlich erhoben und veröffentlicht wird. Keine Chance, Frau Simonis, das Unterrichtsfehl schmerzt überall, in allen Schularten im ganzen Land. Und es schmerzt so sehr, dass diese statistischen Tricks schon längst nicht mehr darüber hinweg täuschen können, dass Rot-Grün in dieser wichtigen Frage versagt hat.

Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft bringt es auf den Punkt, ich zitiere: „Die Unübersichtlichkeit der Schulstatistik ist offenkundig politisch gewollt. Sie

liegt im finanzpolitischen Kalkül der Länder...“ So ist es. Damit muss Schluss sein. Schluss mit der Verschleierung eigenen Versagens. Und vor allem Schluss mit der schlechten Unterrichtsversorgung.

Das schaffen wir nur, wenn wir klotzen und nicht kleckern. Anders sind 12 Jahre rot-grüner Fehler in der Bildungspolitik nicht zu korrigieren. Deshalb stellen wir in den kommenden fünf Jahren mindestens 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer ein. Die finanzielle Grundlage dafür schaffen wir durch hartes Sparen, durch einen soliden Landeshaushalt, der Investitionen auf Zukunftsbereiche konzentriert – und dazu gehört mit höchster Priorität die Bildung.

Übrigens hat Rot-Grün das eigene Versagen inzwischen selbst dokumentiert. In ihren Wahlprogrammen kann man es nachlesen – und glaubwürdiger kann die Quelle ja gar nicht sein –, dass sie jetzt auf einmal auch 1.000 neue Lehrerstellen fordern.

12 lange Jahre hatte die Landesregierung Zeit, den Bildungsabbau zu stoppen. Sie haben es nicht getan, und deshalb kann niemand in Schleswig-Holstein ernsthaft glauben, dass das nach der Wahl anders wird.

Eine bessere Unterrichtsversorgung ist der erste und wichtigste Schritt unserer Bildungswende für Schleswig-Holstein. Aber wir werden noch mehr tun. Dabei setzen wir auf das gegliederte Schulwesen. Unsere

Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sind leistungsfähig, aber sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Und wir müssen sie weiterentwickeln, sie fit machen für die Zukunft.

Dass dieser Weg richtig ist, unterstreicht auch Prof. Dietrich Schwanitz, einer der bekanntesten deutschen Bildungsexperten, in seinem Buch „Bildung – Alles, was man wissen muss“. Er sagt: „Ein Herzensanliegen der SPD ist die Gesamtschule. ... Die CDU dagegen setzte weiterhin auf das dreigliedrige Schulsystem mit Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen. Inzwischen kann man sagen, dass von den Ergebnissen her die CDU diesen Streit gewonnen hat: Die Gesamtschule hat nicht gehalten, was man sich von ihr versprach.“

Deshalb brauchen wir einen konsequenten Leistungswettbewerb, dem sich künftig auch die Gesamtschulen zu stellen haben. Eine Sonderbehandlung für diese Schulart wird es mit mir nicht länger geben. Und neue Gesamtschulen auch nicht. Ganz konkret werden die 100 Lehrerinnen und Lehrer, die den Gesamtschulen über ihren tatsächlichen Bedarf hinaus zugewiesen worden sind, wieder in das gegliederte Schulwesen zurückgehen. Gesamtschulen bekommen ihre Chance, sich zu bewähren, aber sie müssen das aus eigener

Kraft schaffen und nicht durch eine Besserstellung bei der Lehrerversorgung.

In den Grundschulen ist der Unterrichtsausfall unsere Hauptsorge. In Bayern gibt es so eine Lücke nicht, daran wollen wir uns messen. Neue Akzente werden wir bei den Fremdsprachen setzen. Gerade Grundschüler sind lernbereit und offen für Neues. Deshalb führen wir flächendeckend in Schleswig-Holstein die erste Begegnung mit einer Fremdsprache konsequent um. So wollen wir schon früh das Interesse für Internationalität wecken.

Gesellschaftlicher Wandel und veränderte Lebensgewohnheiten erfordern auch neue Wege bei der Betreuung an Schulen, gerade an Grundschulen. Deswegen wollen wir mehr als bisher verlässliche Betreuungszeiten. An sozialen Brennpunkten und da, wo es gefordert wird, übrigens auch ganztags, denn Ganztagsbetreuung darf nicht länger ein Gesamtschulprivileg sein. Die Landesregierung rühmt sich, viel für die betreuten Grundschulen getan zu haben. Nun, alles, was getan wurde, ist gut, aber viel war es nicht. Wir wissen sehr genau, dass der größte Teil der betreuten Grundschulen nur auf Basis von Elternvereinen oder anderen Interessengemeinschaften bestehen können. Das Land hat dazu bisher nicht genug beigetragen. Hier muss

nachgelegt werden, und das wollen wir tun.

Wir wollen die Hauptschulen stärken. Sie müssen wieder die klassischen Praktikerschulen sein, die sich modernen und internationalen Standards öffnen. Deshalb geht ein erheblich Teil unseres 1.000-Lehrer-Programms in diese Schulart. Und deshalb werden wir einen zunächst schulinternen Hauptschulabschluss einführen, der zu einem formalen qualifizierten Abschluss weiterentwickelt werden soll.

Die Realschule behält im gegliederten Schulwesen ihre ganz besondere Bedeutung. Hier sollen musische Bildung, kreatives Lernen und eine moderne Grundbildung in der Anwendung neuer Informationstechnologien zu neuen, zukunftsgerichteten Qualifikationen führen.

Der internationale Wettbewerb der jungen Leute, die Notwendigkeit, sich europa- und weltweit zu bewähren, trifft vor allem die Abiturientinnen und Abiturienten. Deswegen steht für uns die Konzentration auf die wissenschaftlichen Kernfächer im Vordergrund. Den verbindlichen Fächerkanon von Deutsch, Mathematik, einer Fremdsprache, einem naturwissenschaftlichen Fach, von Geschichte sowie einem weiteren gesellschaftswissenschaftlichen Fach wollen wir um eine zweite Fremdsprache oder eine zweite Naturwissenschaft erweitern. Damit wollen wir den

Anschluss an die Spitze der Bundesländer schaffen. Dazu gehört auch die Möglichkeit der Einführung eines fünften Prüfungsfaches.

Es ist eine unbestreitbare Wahrheit, dass unsere Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich zu alt sind und deshalb schlechtere Startbedingungen haben. Es ist ein Witz, das junge Engländer und Franzosen ein erstes Universitätsexamen ablegen, wenn ihre Altersgenossen in Deutschland gerade mal mit dem Studium anfangen. Deshalb werden wir die Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre verkürzen.

Auch an der Berufsschulen wollen wir vorankommen. Mit der Einführung neuer Berufe und einer Modernisierung der Inhalte. Mit einer besseren Abstimmung zwischen der betrieblicher Ausbildung und den Berufsschulen. Mit einer besseren und moderneren Ausstattung. Und mit neuen Schwerpunkten bei Fremdsprachen und Auslandspraktika.

Unsere Politik für die Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens hat für alle Schularten eines gemeinsam: Das Wichtigste, was unser Bildungssystem zu vermitteln hat, ist die Fähigkeit und Bereitschaft zu selbständigem und lebenslangem Lernen auf der Basis einer soliden und breiten Allgemeinbildung. Es geht nicht darum, mehr Wissen anzuhäufen, sondern es geht darum,

Wesentliches effizienter zu vermitteln. Neben Fachwissen müssen Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgebildet werden, die zu Flexibilität und Kreativität führen. die interdisziplinäres und problemlösendes Denken stärken, die Verantwortungsbewusstsein und Verantwortungsbereitschaft gegenüber dem Nächsten und der Gemeinschaft vermitteln.

Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir die Definition eines modernen, schlanken Wissensbegriffes in Angriff nehmen. „Was wir wirklich wissen müssen“ – das ist eine der ganz zentralen Fragen in der nächsten Dekade.

Wir können die Lehrerversorgung planen und lenken, wir können die sächliche Ausstattung fördern, aber wir können die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht aufhalten. Sie stellen neue, andere, moderne und richtungweisende Anforderungen an uns alle, aber besonders auch an die Schülerinnen und Schüler. Das bedeutet für die Politik die Erkenntnis, dass wir nicht immer wahllos Inhalte draufsatteln dürfen und können. Wie jedes Glas einmal voll ist, sind hier die Kapazitäten irgendwann erschöpft, reichen die Stunden an Unterricht nicht mehr aus.

Diesen Punkt haben wir erreicht. Und deshalb müssen wir prüfen, was entbehrlich ist und was unentbehrlich ist für unsere Wissens- und Informationsgesellschaft. Die Halbwertzeit

erworbenen Wissens wird immer kürzer. Deshalb müssen sich die Schulen auf das Grundlegende, das wirklich Unentbehrliche konzentrieren und diese Inhalte intensiv vermitteln. Das bedeutet: Lehrpläne entschlacken, Notwendiges modern aufarbeiten, neue Wege gehen in der Unterrichtsgestaltung und Stoffvermittlung.

Was ist es nun, was wir wirklich wissen müssen? Zuallererst natürlich die Beherrschung der Muttersprache in Wort und Schrift. Das ist das Wichtigste, das zeigen auch die Klagen vieler Unternehmen über mangelhafte Deutschkenntnisse von Auszubildenden.

Bei dieser Hauptsprache darf es aber nicht bleiben: Europa wächst immer rascher zusammen, und wir leben in einer global vernetzten Welt. Einsprachigkeit war gestern. Heute und Morgen ist Mehrsprachigkeit gefragt. Deutsch als Muttersprache, Englisch und eine weitere Sprache – das ist die Zukunft.

Deshalb müssen wir auch mehr für den internationalen Schüleraustausch tun. Auslandsaufenthalte für die Schülerinnen und Schüler müssen zu einem festen Bestandteil der zukünftigen Bildungspolitik werden. Ein Blick über die Grenzen hilft, das Notwendige zu erkennen. Die Schweiz, Holland, Dänemark – alle sind auf diesem Weg schon viel weiter als wir in Deutschland. Ich will, dass Schleswig-Holstein zum Vorreiter einer sol-

chen Bewegung in Deutschland wird. Zum Vorreiter für Mehrsprachigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit der jungen Generation.

Sprache ist als Verständigungsmittel unabdingbar. Die Bildung der Zukunft muss aber auch in ihrem kulturpolitischen Verständnis der Internationalität Rechnung tragen. Junge Menschen brauchen nicht nur die Verwurzelung in der eigenen Kultur, sie brauchen auch Weltoffenheit. Auch dafür müssen wir die Basis schon an den Schulen schaffen. Durch fundierten Unterricht in den Grundlagen der politischen, ökonomischen und technischen Geschichte der eigenen wie auch der fremden Kulturen. Die kulturell vernetzte Welt setzt ein historisch begründetes Verständnis voraus. Dieser Querschnittsaufgabe müssen wir uns stellen, denn das Werbemotto einer großen Tageszeitung „Wer die Welt verstehen will, muss sie lesen“, trifft ganz ähnlich auch in der Bildungspolitik zu: Wer in der Welt bestehen und sich zurechtfinden will, der muss sich in ihr auskennen. Ich bin sicher, dieses Verständnis wird ein entscheidender Schlüssel für eine modernen Bildungspolitik werden.

Unverzichtbar bleiben der mathematische und naturwissenschaftliche Bildungshintergrund. Wollen wir im wissenschaftlich-technischen Wettbewerb international bestehen, müssen wir in diesem

Bereich führend werden. Deshalb müssen wir die naturwissenschaftliche und mathematische Bildung stärken.

Neben den genannten Bereichen ist es selbstverständlich, dass auf kulturelle Bildung nicht verzichtet werden kann und darf. Musik, Kunst, Philosophie und Religion und Sport runden die rein kognitive Bildung ab. Bei aller Notwendigkeit kognitiven Wissen dürfen wir es uns nicht erlauben, emotionale Zwerggemüter aus den Schulen zu entlassen. In einer Zeit, in der die Schlüsselqualifikationen zentrales Rüstzeug für den Weg ins und im Leben sind, darf die kulturelle Bildung nicht verkümmern.

Und wenn wir von Schlüsselqualifikationen reden, auch noch ein Wort zu den Kulturtechniken: Lesen, Schreiben und Rechnen sind natürlich ohne Medien- und Computerkompetenz nicht mehr denkbar. Ist es nicht erstaunlich, wie früh die Kinder heutzutage an ihren Computern sitzen? Aber dabei darf es nicht bleiben: die Schulen müssen ans Netz, der Rechner muss zu einem selbstverständlichen Unterrichtsgegenstand werden. Berührungssängste darf und wird es in der Zukunft nicht mehr geben.

Das sind die zentralen Bereiche, und ich bin überzeugt: Das ist es im Kern, was wir wirklich wissen müssen. Es bleibt die Aufgabe, verzichtbaren Ballast über Bord zu werfen. Eine nicht leichte Aufgabe, denn eine so ver-

standene Bildungspolitik, eine Bildungspolitik, die ganz neue Schwerpunkte setzt, darf nicht zu einer „Bildung light“ führen. Im Gegenteil. Wir brauchen anspruchsvolle und anstrengende Programme und Konzepte für die Schulen. Und natürlich brauchen wir ein differenziertes Schulsystem, das nicht allen Schülerinnen und Schülern einen nährstoffarmen Einheitsbrei serviert, den auch der letzte gut verdauen kann, sondern wir brauchen Konzepte für ein nähr- und vitaminreiches Wissensmenü ohne überflüssige Ballaststoffe.

Die Aufgabe ist groß, aber wir können sie lösen, wenn wir auf den Willen zur Leistung, die Bereitschaft zur Anstrengung und die Freude am Erreichten setzen. Dafür brauchen wir begabungs- und neigungsgerechte Schulen. Sie stellen sich auf das Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler ein, sie fördern und fordern.

Diese Landesregierung geht in die genau entgegengesetzte Richtung. Wenn Rot-Grün bleibt, dann gibt es bald nur noch Einheitsschulen, Einheitslehrpläne, Einheitslehrer. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen die Vielfalt, wir brauchen schulartbezogene Lehrpläne, differenzierte Schulartprofile, Qualitätsabschlüsse und nationale wie internationale Wettbewerbschancen.

Wie die Bildungs- und Schulpolitik gehört die Gestaltung der Hochschu-

len und der Wissenschaftspolitik zu den entscheidenden Handlungsfeldern der Landespolitik.

Zwei Grundsätze stehen für uns im Vordergrund:

- Wer das Land entwickeln will, braucht moderne Hochschulen.
- Wer die Hochschulen effizient gestalten will, braucht schlanke Strukturen.

Die Rahmenbedingungen für die schleswig-holsteinischen Hochschulen haben sich durch die antiquierte Hochschulpolitik von Rot-Grün verschlechtert. Das gilt auch für den hochschulrechtlichen Rahmen. Im Ergebnis werden die rot-grünen Änderungen des Landeshochschulgesetzes dazu führen, dass eine effiziente und erfolgsorientierte Entscheidungsfindung der Ideologie einer Scheindemokratie geopfert wird. Deshalb werden wir die Drittelparität und auch die Zweidrittelmehrheit bei den Rektoratswahlen wieder rückgängig machen.

Wir wollen die Eigenverantwortung der Hochschulen stärken, auch bei der Auswahl von Studenten, und zwar vor der Zuweisung durch die ZVS. Die Gewinnung guter Studenten darf nicht länger nur ein Zufallsergebnis der rein administrativen Auswahlverfahren der ZVS sein.

Ihre inneren Angelegenheiten müssen die Hochschulen selbst bestimmen können. Deshalb wollen wir kon-

sequent deregulieren und den Hochschulen finanziell und organisatorisch mehr Freiraum geben. Das ist übrigens auch eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Profilbildung durch die Hochschulen selbst.

Gerade weil die Hochschulen eine strategische Bedeutung für die Zukunft unseres Landes haben, wollen wir hier massiv investieren. Anders als die amtierende Landesregierung, die immer wieder erheblich in die finanziellen Lebensgrundlagen der Universitäten eingegriffen hat.

Dabei setzen wir vor allem auf Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen, die wir über drei Jahre abschließen wollen. So können sich die Hochschulen mittelfristig entwickeln und müssen nicht länger in Jahresrhythmen denken. Neben erheblichen Investitionen des Landes setzen wir offensiv auf marktwirtschaftliche Finanzierungselemente. Dabei geht es im Schwerpunkt um die Einwerbung von Drittmitteln. Um sie zu erleichtern, werden wir die haushaltsrechtlichen Vorschriften konsequent entrümpeln.

Reformen brauchen wir auch bei Studium und Lehre. Wir müssen das Hauptproblem der überlangen Studienzeiten deutscher Nachwuchsakademiker endlich lösen. Deshalb werden wir die Betreuung der Studierenden verbessern, Bürokratie abbauen und studienbegleitende Prüfungen

ausweiten. Und wir werden den Hochschulen mehr Freiheiten geben, die Studieninhalte und Prüfungsordnungen zu reformieren. Ohne Genehmigung und ohne Intervention aus Politik und Ministerium.

Entscheidend bei der Hochschulpolitik ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Absolventen. Besonders in den internationalen Studiengängen, aber auch darüber hinaus, wollen wir die Dauer des Studiums bis zu einem ersten Abschluss in den meisten Fächern stärker differenzieren. Wir wollen die Einführung von dreijährigen Bachelor-of-Art-Studiengängen weiterentwickeln und zu einer attraktiven Alternative zu bisherigen Abschlüssen machen. Im Rahmen eines postgraduierten MA-Studiums bleiben die eher wissenschaftlich orientierten Studenten an der Universität.

Dadurch wird auch der Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen insgesamt entlastet.

Die Einführung des BA-MA-Systems hat internationale Vorteile: Sie sind weltweit bekannt und Standard. Viele gute Studenten gehen weltweit nur dorthin, wo sie solche Abschlüsse erwerben können. Umgekehrt haben es deutsche Absolventen auf dem weltweiten Arbeitsmarkt mit einem BA oder MA leichter. So können wir eine breitere Basis für den internationalen Austausch mit Deutschland schaffen, und genau die wollen wir.

Bei allen Entscheidungen in der Hochschulpolitik werden wir eines nie aus den Augen verlieren: Entscheidungen über Hochschulen sind zentrale Weichenstellungen für den Weg in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft. Wir wollen wirtschaftliche Dynamik und Wachstum für unser Land. Und wir wollen dies vor allem durch eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft erreichen.

Deshalb liegt unser Schwerpunkt ganz besonders bei der Entwicklung der Ingenieur-, der Natur- und der Wirtschaftswissenschaften. Neue Medien, Informations- und Kommunikationstechnologie, das sind Wachstumsbereiche für unser Land. Durch einen besseren Technologietransfer, durch Austausch und enge Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen und durch eine stärkere Marktorientierung von wissenschaftlicher Leistung werden wir sie für Schleswig-Holstein in ganz neuen Dimensionen erschließen.

Dazu wird auch eine stärkere Profilbildung unserer Universitäten und Fachhochschulen beitragen. An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wollen wir besonders die Technische Fakultät ausbauen. Am Standort Flensburg wollen wir eine Technische Ostseeuniversität entwickeln, die – neben Schwerpunkten bei den technischen Wissenschaften – im

Bereich der Medienwissenschaften zu einem Kristallisationspunkt für den gesamten Ostseeraum werden soll. Und an der Medizinischen Universität Lübeck setzen zusätzlich zur medizinischen Ausbildung besonders auf die Medizintechnik.

Das sind unsere Kernpunkte für die Bildungswende in Schleswig-Holstein. Für eine moderne Schul- und Hochschulpolitik. Für bessere Bildungschancen der jungen Generation.

Schluss mit schlechter Unterrichtsversorgung – wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer und moderne Schulen.

Schluss mit der Gängelung der Hochschulen – wir brauchen internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Das ist unser Weg. Für die Schülerinnen und Schüler, für die Studentinnen und Studenten, für die Lehrerinnen und Lehrer. Unser Weg für die Zukunft Schleswig-Holsteins. ■

Die Wissensgesellschaft erfordert eine neue Bildungspolitik

Kieler Thesen zur Bildungspolitik

Nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bildung ist ein Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche Entwicklung. Bildung begründet Wohlstand. Kulturelle Teilhabe und eine berufliche Perspektive für alle durch Bildung zu ermöglichen, ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe. Deshalb formuliert die CDU Deutschlands ein bildungspolitisches Reformkonzept, das die Herausforderungen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels aufnimmt und das auf dem 13. Bundesparteitag in Essen beraten und verabschiedet werden soll.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die CDU Deutschlands ein:

- für eine qualitätsbewusste schultartspezifische Weiterentwicklung unserer Schulen, in denen Kinder und Jugendliche mit ihren verschiedenen Begabungen und Interessen ernstgenommen werden. Schulqualität braucht ein lernförderndes und leistungsfreundliches Klima auch außerhalb der Schule. Sie braucht vergleichbare und zentrale Schulab-

schlüsse an allen weiterführenden Schulen, die international anerkannt sind, ferner eine Stärkung der Kernfächer, verbindliche Prozesse der Evaluation im Blick auf Inhalte und Ziele schulischen Lernens.

- für ein erziehungsbewusstes gesellschaftliches Klima und mehr Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung gehören in die Schule, weil Kopf, Herz und Hand zusammengehören. Qualifikation und Wissen erhalten ihren Sinn durch Menschlichkeit, Urteilskraft, Verantwortungs- und Handlungsfähigkeit.

- für eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung, die den konkreten Anforderungen heutiger Schulwirklichkeit gerecht wird. Dazu gehört ein höherer Stellenwert der Lehrerbildung an den Hochschulen, die Etablierung von mehr Schulwirksamkeitsforschung und Systemen schulischer Evaluation und eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis in der Lehrerbildung.

● für die Zukunftsfähigkeit der dualen Ausbildung in der beruflichen Bildung, die die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nachhaltig steigert. Dazu sind Differenzierungsmöglichkeiten je nach Leistungsstärke der Auszubildenden und flexible Ausbildungszeiten je nach Vorbildung und Leistung der Auszubildenden notwendig. Erstausbildungen sollen grundsätzlich in einen Pflicht-, einen Wahlpflicht- und Wahlbereich gegliedert werden.

● für eine Weiterqualifizierung benachteiligter Jugendliche, die ihnen dauerhafte berufliche Perspektiven ermöglicht. Diese Jugendlichen brauchen Wege über die betriebliche Praxis, die sie motivieren zu weiterem Lernen, und eine gezielte Begleitung und Beratung über eine Jugendberufshilfe.

● für einen Ausbau der Weiterbildung durch die Gründung von Lernagenturen in öffentlicher und privater Verantwortung, die als Zentren für Weiterbildungsberatung und die Vermittlung von Materialien, Kursen, Hilfen und Partnern für das lebenslange Lernen wirken und so auch Prozesse des selbstgesteuerten Lernens fördern.

● für die Gründung einer unabhängigen „Stiftung Bildungstest“ für Transparenz, Qualität und Verbraucherschutz der Weiterbildung.

● für die konsequente Integration multimedialer Medien in das Bildungswesen. Der Schlüssel dazu liegt

nicht allein in der technischen Ausstattung, sondern in umfassenden Anstrengungen zu ihrer pädagogischen Integration in Bildungsprozesse. Dazu gehört die Entwicklung schultauglicher Software ebenso wie kostengünstige und wartungsfreundliche Netzwerklösungen für die Ausstattung von möglichst vielen Klassenzimmern. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung unserer Hochschulen zu Innovationszentren einer menschlich gestalteten innovativen Mediengesellschaft.

● für eine Weiterentwicklung unserer Hochschulen als Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektiven. Dazu gehört auch eine Reform von Dienstrecht und Besoldungsstrukturen, damit besondere Leistungen sich lohnen und die besten in Lehre, Forschung und Entwicklung sich für die deutschen Hochschulen engagieren. Die Leitung einer Hochschule muss mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit bekommen. Hochschulen sollen ihre Gremienstrukturen zugunsten von mehr Selbstverantwortung und Effizienz reformieren. Wir wollen Qualitätssicherung durch mehr Wettbewerb der Hochschulen untereinander.

● für eine bessere und kontinuierliche Zusammenarbeit aller Einrichtungen des Bildungswesen, um neue Bildungswege im Blick auf lebenslanges Lernen zu fördern und eine bessere Verzahnung von Wegen der Erst- und Weiterbildung zu bewirken.

Für die CDU Deutschlands ist das Grundprinzip nachhaltiger Politik die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Generation, die jetzt in Verantwortung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft steht, soll so handeln, dass den nachfolgenden Generationen mindestens dieselben Handlungsspielräume zur Verfügung stehen. Auch für dieses Grundprinzip sind Bildung und Erziehung zentral bedeutsam. Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, dass sie das Richtige richtig lernen und auf die Herausforderungen und Mög-

lichkeiten der Wissensgesellschaft optimal vorbereitet sind. Wir müssen Sorge tragen für nachhaltiges Lernen, wozu auch das Orientierungswissen im Blick auf ethische Grundlagen und die Herausbildung von Verantwortungsbereitschaft gehören. Bildungspolitik gehört in den Zusammenhang einer nachhaltigen Politik. Bildungsaufgaben sind deshalb Investitionsausgaben. Das Ergebnis der Bildungsreformen in Deutschland muss ein international anerkanntes und wettbewerbsfähiges Bildungswesen sein. ■

Bildung und Erziehung sichern Selbständigkeit und Wohlstand. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts sind daher der Erwerb von Wissen sowie seine Anwendung und Aktualisierung angesichts zunehmender Globalisierung von zentraler Bedeutung für die Zukunft unseres Landes – und für die Zukunftschancen der jungen Menschen. Die bildungspolitischen Konzepte von SPD und Grünen, die nach wie vor auf eine leistungsfeindliche Gleichmacherei hinauslaufen, werden diesen Herausforderungen nicht gerecht. Ihre Konsequenzen werden im Schulalltag für Schüler, Lehrer und Eltern ebenso deutlich spürbar wie in Lehre und Forschung für Studenten und Hochschullehrer. Sinkende Lehrer- und Hochschullehrerzahlen, unzureichende Versorgung in Unterricht und universitärem Lehrbetrieb und vor allem der fehlende Mut, Leistung und Anstrengung zu verlangen, haben dazu geführt, dass das Bildungsniveau an Schulen und Hochschulen rot und rot-grün regierter Länder stark abgefallen ist.

Die CDU setzt sich für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik ein. Wir sprechen uns für das bedarfsgerechte gegliederte Schulsystem, für finanzierbare Wege der Unterrichtsversorgung sowie Maßnahmen zur nachhaltigen Qualitätssicherung von Bildung an allgemein- und berufsbildenden Schulen aus. Gleichermaßen sind leistungsorientierte Wege der Hochschulentwicklung gefordert.

Generalsekretärin Angela Merkel

**Volker Rühle, Spitzenkandidat
für die schleswig-holsteinische Landtagswahl**